



Amt der Vorarlberger Landesregierung

Zahl: PrsG-672.08

Bregenz, am 20.02.2009

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
Stubenring 1
1010 Wien
SMTP: post@bmwa.gv.at

Auskunft:
[Dr. Raimund Fend](#)
Tel.: +43(0)5574/511-20218

Betreff: [Bundesgesetz, mit dem das Abschlussprüfungs-Qualitätssicherungsgesetz und das Wirtschaftstreuhänderberufsgesetz geändert werden;](#)
Entwurf, Stellungnahme
Bezug: [Schreiben vom 2. Februar 2009, GZ. BMWA-91.530/0094-I/1a/2008,](#)

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem im Betreff angeführten Gesetzesentwurf wird wie folgt Stellung genommen:

I. Allgemeines

Art. 1 Z. 16, 19 und 23 des Entwurfs enthält Verfassungsbestimmungen. Es wird in den Erläuterungen nicht ausgeführt, weshalb diese Verfassungsbestimmungen erforderlich sind.

Auf (neue) Verfassungsbestimmungen sollte verzichtet werden (vgl. dazu auch die Verhandlungen über eine Staatsreform).

Der Grund für die vorgesehene Verfassungsbestimmung in § 18c Abs. 1 des Abschlussprüfungs-Qualitätssicherungsgesetzes, der als Behörden den Arbeitsausschuss für externe Qualitätsprüfungen und die Qualitätskontrollbehörde als Berufungsbehörde vorsieht, wird Art. 102 B-VG sein. Danach üben im Bereich der Länder die Vollziehung des Bundes grundsätzlich der Landeshauptmann und die ihm unterstellten Landesbehörden aus (mittelbare Bundesverwaltung). Lediglich die in Art. 102 Abs. 2 B-VG genannten Angelegenheiten können im Rahmen des verfassungsmäßig festgestellten Wirkungsbereiches unmittelbar von Bundesbehörden versehen werden.

Der vorliegende Entwurf stützt sich auf Art. 10 Abs. 1 Z. 8 B-VG (siehe Erläuterungen, Allgemeiner Teil). Die Angelegenheiten, die Regelungsgegenstand des Abschlussprüfungs-Qualitätssicherungsgesetzes sind, fallen wohl nicht unter Art. 102 Abs. 2 B-VG und sind daher grundsätzlich in mittelbarer Bundesverwaltung zu vollziehen. Die Errichtung von eigenen Bundesbehörden für andere als die im Art. 102 Abs. 2 B-VG bezeichneten Angelegenheiten darf nur mit Zustimmung der beteiligten Länder erfolgen (vgl. Art. 102 Abs. 4 B-VG). Wir

legen Wert darauf, dass die verfassungsrechtlich vorgesehene Zustimmung der Länder auch eingeholt wird.

Auch die Verfassungsbestimmungen in § 19 Abs. 5a und § 20 Abs. 3a, die die Unabhängigkeit und Weisungsungebundenheit des Arbeitsausschusses für externe Qualitätsprüfungen und der Qualitätskontrollbehörde sicherstellen sollen, sind nicht erforderlich. Nach Art. 20 Abs. 2 B-VG, in der Fassung BGBl.I Nr. 2/2008, können durch einfaches Gesetz Organe u.a. zur sachverständigen Prüfung, zur Kontrolle der Wahrung der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung oder zur Sicherung des Wettbewerbs und zur Durchführung der Wirtschaftsaufsicht von der Bindung an Weisungen der ihnen vorgesetzten Organe freigestellt werden; durch Gesetz ist ein der Aufgabe des weisungsfreien Organs angemessenes Aufsichtsrecht der obersten Organe vorzusehen. Die erwähnten Bestimmungen des Entwurfs müssen daher nicht als Verfassungsbestimmung erlassen werden.

Die im Entwurf vorgesehenen Verfassungsbestimmungen werden strikt abgelehnt.

II. Zu einzelnen Bestimmungen des Entwurfs

Zu §§ 25 ff Abschlussprüfungs-Qualitätssicherungsgesetz:

Wir stellen in Frage, ob es wirklich notwendig ist, neben dem eigentlichen Verfahren über den Antrag auf Zulassung zur Ausübung der Tätigkeit des Abschlussprüfers (Arbeitsausschuss für externe Qualitätsprüfungen) - im Zusammenhang mit der Vorfrage der Gleichwertigkeit der geltend gemachten Qualifikation des Antragsstellers - ein eigenes Verfahren über die Zulassung zum erforderlichen Eignungstest (Kammer der Wirtschaftstreuhänder) vorzusehen und diesbezüglich in den §§ 25 Abs. 11 und 25b Abs. 8 auf die betreffenden Bestimmungen des WTBG zu verweisen. Die verwiesenen Bestimmungen über das Prüfungsverfahren, insb. die Zulassung zum Eignungstest, sind kompliziert und entsprechen nicht dem Grundsatz einer Verwaltungsvereinfachung. Diese Regelungen werden abgelehnt.

Freundliche Grüße

Für die Vorarlberger Landesregierung
Der Landesrat

Mag. Siegi Stemer

Nachrichtlich an:

1. Abt. Finanzangelegenheiten (IIIa), im Hause, via VOKIS versendet
2. Abt. Vermögensverwaltung (IIIb), im Hause, via VOKIS versendet
3. Abt. Gebarungskontrolle (IIIc), im Hause, via VOKIS versendet
4. Abt. Allgemeine Wirtschaftsangelegenheiten (VIa), im Hause, via VOKIS versendet
5. Abt. Wirtschaftsrecht (VIb), im Hause, via VOKIS versendet
6. Präsidium des Bundesrates, Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien, SMTP: begutachtungsverfahren@parlinkom.gv.at
7. Präsidium des Nationalrates, Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien, SMTP: begutachtungsverfahren@parlinkom.gv.at

8. Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst , Ballhausplatz 2, 1014 Wien, SMTP: vpost@bka.gv.at
9. Herrn Präsident des Bundesrates, Jürgen Weiss, Abteilung PrsR , im Hause, SMTP: jweiss@vol.at
10. Herrn Bundesrat , Ing. Reinhold Einwallner, Ruggburgstraße 4, 6912 Hörbranz, SMTP: reinhold.einwallner@parlinkom.gv.at
11. Herrn Bundesrat, Edgar Mayer, Egelseestraße 83, 6800 Feldkirch, SMTP: mac.ema@cable.vol.at
12. Herrn Nationalrat, Karlheinz Kopf, Rheinstraße 24, 6844 Altsch, SMTP: karlheinz.kopf@parlinkom.gv.at
13. Frau Nationalrätin, Anna Franz, SMTP: anna.franz@parlinkom.gv.at
14. Herrn Nationalrat, Dr Harald Walser, SMTP: harald.walser@gruene.at
15. Herrn Nationalrat, Elmar Mayer, SMTP: elmar.mayer@spoe.at
16. Herrn Nationalrat, Christoph Hagen, SMTP: christoph.hagen@parlament.gv.at
17. Herrn Nationalrat, Bernhard Themessl, SMTP: bernhard.themessl@ganet.at
18. Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landhaus, 7000 Eisenstadt, SMTP: post.lad@bgld.gv.at
19. Amt der Kärntner Landesregierung, Arnulfplatz 1, 9021 Klagenfurt, SMTP: post.abt2v@ktn.gv.at
20. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten, SMTP: post.landnoe@noel.gv.at
21. Amt der Oberösterreichischen Landesregierung, Bahnhofplatz 1, 4021 Linz, SMTP: verfd.post@ooe.gv.at
22. Amt der Salzburger Landesregierung, Chiemseehof, 5010 Salzburg, SMTP: landeslegistik@salzburg.gv.at
23. Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Landhaus, 8011 Graz, SMTP: post@stmk.gv.at
24. Amt der Tiroler Landesregierung, Wilhelm-Greil-Straße 25, 6020 Innsbruck, SMTP: post@tirol.gv.at
25. Amt der Wiener Landesregierung, Rathaus, 1082 Wien, SMTP: post@mdv.wien.gv.at
26. Verbindungsstelle der Bundesländer, Schenkenstraße 4, 1010 Wien, SMTP: vst@vst.gv.at
27. Institut für Föderalismus, Maria-Theresien-Straße 38b, 6020 Innsbruck, SMTP: institut@foederalismus.at
28. ÖVP-Landtagsfraktion, 6900 Bregenz, SMTP: landtagsklub.vorarlberg@volkspartei.at
29. SPÖ-Landtagsfraktion, 6900 Bregenz, SMTP: gerhard.kilga@spoe.at
30. Landtagsfraktion der Freiheitlichen, 6900 Bregenz, SMTP: landtagsklub@vfreiheitliche.at
31. Landtagsfraktion der Grünen, 6900 Bregenz, SMTP: landtagsklub.vbg@gruene.at
32. Frau Birgit Luschnig, im Hause, SMTP: birgit.luschnig@vorarlberg.at